

Die Donauschiffahrt und Wiens Zukunft.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner über die Verbesserung der Ernährungslage und die kommenden Wahlen.

Der christlichsoziale Bezirkswahlausschuß Wieden veranstaltete am 18. d. in Gaidis Saal in der Favoritenstraße unter dem Vorsitz des Bezirksvorstehers Charwat eine zahlreich besuchte Versammlung.

Bürgermeister Abg. Dr. Weiskirchner, mit großem Beifall begrüßt, bespricht zunächst die Gründe und die Notwendigkeit der Teilnahme der christlichsozialen Partei an der Regierung und betont weiters, daß die christlichsoziale Partei mit einer gesunden Sozialisierung als erste begonnen habe. Sie sei es gewesen, die vor einem Vierteljahrhundert den Antrag gestellt hat, Arbeiterkammern und Arbeiterausschüsse zu bilden. Der Gang der Weltgeschichte wäre vielleicht ein anderer gewesen, wenn sich damals die Kreise, die Widerstand leisteten, mit diesem Gedanken befreundet hätten. Redner kommt dann auf den Anschluß an Deutschland zu sprechen, von dem er sagt, daß uns nichts anderes übrig bleibe, als ihn zu vollziehen, weil nur in ihm das Gedeihen unserer jungen Republik erblickt werden könne und fährt dann fort: Was anderes ist die Stellung der Stadt Wien im Falle des Anschlusses. Unsere Partei hat die Pflicht, die Stellung Wiens in der Anschlußfrage mit aller Entschiedenheit zu vertreten. Aus Berlin und Weimar ist uns die Nachricht zugekommen, daß die Stellung Wiens als zweiter Reichshauptstadt die volle Billigung der maßgebenden Faktoren gefunden hat. Wien als zweite Reichshauptstadt hat zur Folge, daß unbedingt der Reichstag eine Tagung in Wien abhalten muß, daß der Reichspräsident eine gewisse Zeit in Wien sich aufhalten muß, daß gewisse Reichsämter für dauernd nach Wien verlegt werden müssen, daß aber auch die große deutsche Republik dann Wien in wirtschaftlicher Beziehung jene Stellung einräumt, welche für unsere Behauptung unbedingt notwendig ist. Es ist unbedingt notwendig, daß der Donauweg eröffnet wird. Wir können als Donauemporium bestehen, wir brauchen Schiffahrtswege, einen Schiffspark und jene Anlagen, die es dem Kaufmann wünschenswert erscheinen lassen, Wien als Hafen- und Umschlagplatz zu benutzen. Wir haben die Süddeutsche Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft und den Bayerischen Lloyd, die erste eine österreichische, die zweite eine bayerische Gesellschaft. Ich bin der Meinung, daß es notwendig sein wird, diese beiden Gesellschaften zu vereinigen, um auf der Donau unsere Macht auszunützen, und daß sowohl der Donau-Ober-Kanal und insbesondere auch der Rhein-Main-Donau-Kanal gebaut werden muß, soll Wien seine Bedeutung erhalten. Es ist aber notwendig, daß Wien nicht nur in staatsrechtlicher und wirtschaftlicher, sondern auch in kultureller Beziehung gefestigt wird. Unsere alte deutsche Kulturstätte muß mit jenen Hochschulen ausgestattet werden, die die Bedeutung Wiens in ganz Deutschland festigen. Es muß die Freizügigkeit der Studentenschaft gewährleistet werden; ich möchte bitten, daß außer Heidelberg, Halle usw. auch Wien besucht wird. Ich verlange, daß Wien auch als Musikstadt gewürdigt wird; wir werden uns auch auf diesem Gebiete in unserem großen deutschen Vaterland behaupten. Gegenüber den Anschlußbestrebungen gibt es aber in letzter Zeit auch Trennungsbestrebungen, und zwar geht die Trennung vom Lande aus. Es will das Land Niederösterreich von Wien sich trennen und wenn auch der Trennungsgedanke noch nicht greifbare Formen angenommen hat, so ist doch das tatsächliche Bestreben, sich demselben zu nähern. Wenn das zur Tat werden sollte, erhebe ich als Bürgermeister und namens der Gemeindevertretung die Forderung, daß der Stadt Wien das Gebiet erweitert wird, daß wir ein Territorium bekommen zur Hebung unserer Steuerkraft, zur Erweiterung des Baugeländes und zur Erweiterung der Gründe, welche der landwirtschaftlichen Versorgung der Stadt zugute kommen. Wir müssen bei einer Trennung ein Territorium haben, das die volle Entwicklung Wiens für alle Zukunft sichert. Ob die Bauern damit besser fahren, muß ich ihrer Einsicht überlassen. Es wird eine Zeit kommen, wo Wien für die ländlichen Bedürfnisse keine Umlagen mehr zahlt; wir werden unsere Umlagen dann so verwenden, daß sie der Stadt Wien zu Ruh und Frommen gereichen.

Wir haben in der vorigen Woche eine neue Gemeindevahlordnung für das Land Niederösterreich geschaffen werden. Damit will ich schonend andeuten, daß Sie wieder neuen Wahlen entgegengehen. Es ist nur eine Erleichterung, es wird die Wahl in alle drei Vertretungskörper, Landtag, Gemeinde und Bezirksvertretung, an einem Tage durchgeführt werden. Ich möchte bitten, daß insbesondere auch jene Frauen und Männer, die am 16. Februar zu Hause geblieben sind, diesmal den Weg zur Urne finden möchten. Es kann nicht genug betont werden, welche Bedeutung die kommenden Wahlen haben und wie es Pflicht jedes Staatsbürgers und jeder Staatsbürgerin ist, durch ihre Stimmen maßgebend auf die Zusammensetzung der Vertretungskörper zu wirken. Ich will hier kein Versprechen geben, aber ich hoffe doch, daß in nächster Zeit eine Besserung unserer Ernährungslage eintreten wird. Was wir dafür zahlen

müssen, das ist natürlich eine andere Sache. Aber ich gestehe, ich bin im Laufe der Zeit schon so leichtsinnig geworden, daß ich sage: Lebensmittel her, daß unsere Bevölkerung nicht zu hungern braucht, kosten sie, was sie wollen! (Zustimmung.) Die Entente hat einen Kredit von 30 Millionen Dollars eingeräumt. Der Dollar steht zur Krone derart, daß für einen Dollar mindestens 20 Kronen gezahlt werden müssen. Der erste Kredit von 30 Millionen Dollars erfordert daher 600 Millionen Kronen. Wie lange werden wir mit diesem Kredite auskommen? Er läuft nämlich schon vom 15. Jänner, seit der Zeit beziehen wir schon Ententeaushilfen und haben dafür 300 Millionen Kronen beim italienischen Oberkommando deponiert. Mit dem Kredite von 30 Millionen Dollars werden wir bis Mitte Mai auskommen, dann ist der Kredit erschöpft, dann pumpen wir wieder, damit kommen wir vielleicht bis Mitte August aus, dann können wir einige Zeit von unserer Ernte leben und müssen schließlich wieder pumpen. Es werden unsere Enten und Urenten noch schwarz vom Zahlen werden, wenn ich daran denke, wie viele Milliarden wir brauchen werden, um wieder in normale Verhältnisse zu kommen. Das ist aber nur der Lebensmittell Kredit. Wir brauchen aber auch Rohstoffe, damit die Arbeit wieder einsehen kann. Da kommt natürlich die Frage: Welche Sicherheiten wird die Entente verlangen? Zuerst pumpen und dann verpfänden, das ist die Lösung der nächsten Jahre. (Bewegung.) Staatskanzler Dr. Krenner hat die Worte gesprochen: „Ueber den Thron der Nationalversammlung stehen die Worte Freiheit und Arbeit.“ Ich stimme diesen Worten zu und füge noch ein drittes hinzu: Freiheit, Arbeit und Gerechtigkeit! (Lebhafte Beifall.) Wir schämen den Bauer und wir schämen den Arbeiter. Aber es machen sich Strömungen in unserer Zeit geltend, als ob Bauer und Arbeiter das Inn und Auf der menschlichen Gesellschaft wären. Wo bleibt das schaffende und erwerbende Bürgertum? In diesem Sinne habe ich das Wort Gerechtigkeit den zwei anderen Worten beigefügt; wir wollen Gerechtigkeit für alle ehrlich arbeitenden Stände, gewiß für den Bauer, gewiß für den Arbeiter, aber verfehlt nicht, daß auch ein Bürgerstand besteht, der auch das Recht auf Existenz hat! (Stürmischer Beifall.)

Nachdem Dr. Matzja in einer mit stürmischem Beifall aufgenommenen eindrucksvollen Rede die Notwendigkeit der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Grundlagen des Staates hervorgehoben und StM. Regierungsrat Schmid die Gemeinde- und Landtagswahlreform besprochen hatte, wurde die Versammlung geschlossen.